

Die **Platypus Review**

deutschsprachige Ausgabe

Ausgabe #37 | November 2025 – Februar 2026



1 Wieso nicht Grönland?

3 Mar-a-Gaza

6 Die Furcht selbst

9 Was Musk und Trump noch verbindet

Eine Artikelreihe von Chris Cutrone

11 Die Naturalisierung des Schnabeltiers

Anmerkung zu Geschichtsphilosophie und Naturalisierung
der Verhältnisse bei Spencer A. Leonard

von Julian Bierwirth

37

www.platypus1917.org/category/ausgabe-37

Wieso nicht Grönland?

Die Zukunft gehört Amerika – so auch Grönland

von Chris Cutrone

Die folgenden vier Artikel von Chris Cutrone sind die ersten aus einer Artikelreihe, in der er versucht, Trump als historisches Phänomen zu begreifen, an welchem der Eintritt in eine post-neoliberale Phase des globalen Kapitalismus auf politischer, wirtschaftlicher und sozialer Ebene erkennbar wird. Trump fungiert dabei als Symptom, durch das größere Verschiebungen im Kapitalismus sichtbar werden.

Um dieses Anliegen weiter zu verfolgen, empfehlen sich seine vier Bücher: *Marxism in the Age of Trump* (Platypus Publishing, 2018); *The Death of the Millennial Left: Interventions 2006–2023* (Sublation Press, 2023); *Marxism and Politics: Essays on Critical Theory and the Party 2006–2024* (Sublation Press, 2024) sowie die Folgeartikel: „*Bonapartism is not Bonaparte*“ (*Platypus Review* 177, 2025) und „*The Millennial Left is unborn: Is there a Left in the 21st century?*“ (*Platypus Review* 178, 2025).

Kürzlich wurden, in einer an die X-Files erinnernden Szene, durch die Aufnahmen eines NASA-Satelliten die Überreste einer alten US-Atomwaffenbasis auf Grönland entdeckt. Das eigentlich vom Permafrost bedeckte „Camp Century“ ist ein Relikt des Kalten Kriegs und ihr Wiederauftauchen eine treffende Metapher für Donald Trumps Vorschlag, das US-Territorium auf den zirkumpolaren Norden auszudehnen. Das scheinbar aus dem Nichts kommende Vorhaben hat in Wirklichkeit eine weit zurückreichende Geschichte.

Als Nazi-Deutschland 1940 Dänemark eroberte, besetzten Großbritannien und später die Vereinigten Staaten Island. Vier Jahre danach erklärte sich Island zur unabhängigen Republik und löste sich somit vom dänischen Königreich ab. Grönland hätte diesem Beispiel folgen können. Beide Inseln sind seitdem strategisch wichtige Standorte für die NATO, was Trumps Vorschlag, Grönland aus militärischen Gründen zu erwerben, überflüssig erscheinen lässt: So besetzt Grönland ohnehin bereits eine vorgeschoßene Position in Hinblick auf die Arktis und russische Bedrohungen. Vielleicht aber ist Trumps Ziel die Abschaffung der NATO – wie er es angedroht hat und seine Kritiker ihm vorwerfen. Und vielleicht ist dieses Vorhaben mehr als nur eine Täuschung oder eine Verhandlungsposition. Grönland scheint Teil dieses Plans zu sein.

Trumps Vorschlag hat die indigene Bevölkerung Grönlands dazu veranlasst, ihre Unabhängigkeit zu fordern. Während dessen hat der König von Dänemark Grönland und die Färöer-Inseln in sein königliches Wappen aufgenommen. Die dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen sendete widersprüchliche Signale und Don Jr. besucht Grönland, während ich diesen Artikel schreibe.

Trumps Bezeichnung Kanadas als „51. Staat“ führte zum Rücktritt von dessen „Gouverneur“, Premierminister Justin Trudeau. Der designierte Präsident hat seitdem die Vorteile einer Union mit Kanada dargelegt, die die „künstliche Grenze“ beseitigen würde. Doch politische Grenzen spiegeln die Geschichte und ihre Nachwirkungen wider. Das gilt auch für Grönland: Der frühe skandinavische Kontakt – durch die Wikinger – mit der Neuen Welt untermauert den dänischen Anspruch auf die Insel. (Die Inuit, die heute die Mehrheit der Bevölkerung stellen, kamen tatsächlich später.)

Die Grenze zwischen den USA und Kanada ist die Grenze der Amerikanischen Revolution. Benjamin Franklin forderte den Anschluss Kanadas gegenüber Großbritannien in den Vertragsverhandlungen zum Ende des Amerikanischen Unabhängigkeitskrieges. Nach dem Bürgerkrieg bot die siegreiche Union an, Kanada als Entschädigung für die britische Unterstützung der Konföderation zu übernehmen. Außenminister William H. Seward¹ musste sich allerdings mit dem Kauf Alaskas begnügen. Kanada blieb somit die Grenze der Konterrevolution nach beiden amerikanischen Revolutionskriegen. Es blieb der europäischste Teil der westlichen Hemisphäre. Das war nichts Gutes.

Trumps Versprechen, Amerika „Great Again“ zu machen, bedeutet zunächst einmal, Amerika wieder zu Amerika zu machen. Grönland und Kanada zu amerikanisieren, ist Teil dieser Initiative. Trump erklärte den Golf von Mexiko zum Golf von Amerika. Eine Tatsache so unverblümt auszudrücken, kann man geschmacklos finden. Ob wörtlich oder bildlich gemeint – die Geste ist unmissverständlich. Dies ist kein Imperialismus, sondern eine Erinnerung an das Reich der Freiheit, das Thomas Jefferson als Mission der neuen Vereinigten Staaten erklärte. Es ist ein immerwährendes Versprechen. Amerika ist revolutionär, oder es ist nichts. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben die Welt zweimal befreit – dreimal mit dem Kalten Krieg. Ihre Mission geht weiter.

(Dies ist nicht der Zeitpunkt, die Monroe-Doktrin über Bord zu werfen, bei der es nicht um die Vorherrschaft der USA, sondern um den Schutz der amerikanischen Freiheit ging.)

Seit dem Bürgerkrieg haben die Vereinigten Staaten von ihren Feinden bedingungslose Kapitulation gefordert. Sie haben alle ihre Gegner wie die Konföderation behandelt – als Echos der Konterrevolution, als Bedrohung, die Revolution rückgängig zu machen. Die Konföderierten hielten die Werte der Revolution – Leben, Freiheit und das Streben nach Glück als allgemeine, unveräußerliche Rechte – für falsch. Das haben auch alle weiteren Gegner Amerikas getan. Sie waren und sind Sklavenstaaten.

Doch die Revolution kann nicht rückgängig gemacht werden. Die Frage ist, wie Grönland, Kanada, Panama, Mexiko oder der Rest der Amerikas – der Rest von Amerika – ihr folgen können, statt sich ihr zu widersetzen.

Entscheidender aber ist, wie Amerika selbst der Revolution noch folgen kann. Trump scheint ihrem Ruf zu folgen. Die Vereinigten Staaten wollen nicht herrschen, sondern lediglich Menschen und Orte befreien. Wie sie das tun, ist inzwischen fraglich. Aber es wird keinen Rückzug in ein Little America

geben. Das schiere Ausmaß der amerikanischen Macht wird es nicht zulassen. Kann sich Amerika an diesen Grenzen wiederfinden – sich selbst wiederfinden?

Das von Nixon und Kissinger geschmiedete Bündnis zwischen Washington und Peking ging mit der Niederlage der Sowjetunion zu Ende. Es sollte das nächste Jahrhundert prägen, und tat das auch. Leider war die ursprüngliche Absicht des Paktes, dass die beiden Länder – beide Sieger des Zweiten Weltkriegs, wenn auch eines durch den Krieg stärker geschädigt – sich gegenseitige Neutralität zusichern würden. Doch diese Abmachung scheiterte nicht nur hier, sondern ebenso zwischen den ursprünglichen Alliierten: den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion.

Wladimir Putin erklärte in Interviews, die vor Trumps erster Amtszeit und nach der russischen Einnahme der Krim Oliver Stone mit ihm führte, dass er zwar die amerikanische Vorherrschaft akzeptiere, Washington aber unmöglich die Welt regieren könne. Er erinnerte daran, dass Russland in der Geschichte der USA in allen Kriegen bis auf einen (den Krieg von 1812 – die Napoleonischen Kriege) ihr Verbündeter war, und riet dazu, Regionalmächten wie Russland und China ihre eigenen Gebiete zuzugestehen. Das Problem ist, dass ihre Nachbarn nicht zustimmen werden und stattdessen auf amerikanischen Schutz hoffen.

Trump wird von seinen politischen Gegnern in der Demokratischen und der Republikanischen Partei als „Isolationist“ verunglimpt – ein altes Schimpfwort aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg. Aber seit Woodrow Wilsons „Krieg zur Beendigung aller Kriege“, der Amerika von Europa (d. h. von der Konterrevolution) aufgezwungen wurde, ist die amerikanische Beteiligung an globalen Angelegenheiten eine Selbstverständlichkeit. Theodore Roosevelt hatte bereits 1905 das Ende des Russisch-Japanischen Krieges ausgehandelt und davor gewarnt, dass Amerika in einen Konflikt mit Japan oder Deutschland geraten könnte, der aus seiner Sicht drohte.

Trump hat eine militärische Lösung für die von ihm identifizierten Probleme mit Grönland oder dem Panamakanal nicht ausgeschlossen. Allerdings schloss er eine solche für Kanada aus – ironischerweise, wenn man bedenkt, dass das Land ursprünglich ein Bollwerk der Feinde Amerikas im Revolutionskrieg war. Ist Trumps kühne Ouvertüre seiner zweiten Amtszeit der Auftakt zu einem neuen geopolitischen Wettbewerb – einem neuen Kalten Krieg oder gar einem Dritten Weltkrieg? Oder ist es eher ein Vorgeschmack auf eine wiederhergestellte amerikanische Weltherrschaft, wie sie Trump offenbar beabsichtigt?

Der Schlüssel für harte Verhandlungen ist die Bereitschaft, auf ein Geschäft zu verzichten, anstatt schlechte Bedingungen zu akzeptieren. Trump setzt darauf, dass seine Verhandlungspartner mindestens ebenso friedensbedürftig sind wie Amerika und dass die Welt nach der Großen Rezession und der Covid-Krise auf die Erholung Amerikas angewiesen ist.

Die Gefahr besteht darin, dass die Vereinigten Staaten ihr Blatt überschätzen könnten. Es ist vielleicht nicht die Zeit für einen Konfrontationskurs oder ein Kräftemessen. Sondern für eine Übereinkunft der Interessen.

Washington hat sich im neuen Jahrtausend durch politische Sackgassen und einen deutlichen Mangel an Visionen festgefahren. Der ehemalige Abgeordnete Joe Walsh,³ der 2020 kurzzeitig gegen Trump um die republikanische Präsidentschaftskandidatur antrat, spekulierte auf der „Never-Trump“-Republikaner-Gegkonferenz 2024 in Milwaukee, dass Amerikas Sieg im Kalten Krieg seinen Untergang bedeutete. Er könnte damit gemeint haben, dass China der ultimative Nutznießer des Falls der Sowjetunion war. Doch solcher Pessimismus ist unrealistisch. Die Krise nach dem Kalten Krieg wird in der Tat von Trump bewältigt, wenn auch zum Leidwesen von Walsh und der alten GOP-Garde.⁴ Anders als China oder Russland verfügt Amerika über größere Ressourcen für einen politischen Richtungs- und Führungswechsel. Trumps Kritiker weigern sich, in Bezug auf Trump das Offensichtliche zu sehen: Er ist es, der „Hope and Change“ verkörpert, was für Obama vor ihm lediglich ein Marketing-Slogan war.

Die Gravitationskraft der Vereinigten Staaten liegt in ihrer sozialen und nicht nur in ihrer wirtschaftlichen Macht. Das erstreckt sich auch auf ihre politischen Fähigkeiten. Es gibt viele Quellen der Macht, nicht nur eine, dies schafft eine weitaus widerstandsfähigere Gesellschaftsordnung, als man sie bei den potenziellen Feinden Amerikas findet.

Im Laufe der amerikanischen Geschichte gab es alle 40 oder 50 Jahre eine Krise, die eine nationale Erneuerung erforderte. Jeffersons Revolution von 1800, Jacksons Wahl von 1828, der Bürgerkrieg, die progressive Ära, der New Deal und die Reagan-Revolution veränderten allesamt die politischen Parteien und die Art ihres Wettbewerbs. Sie erfüllten damit die Prognose Jeffersons, dass in etwa jeder Generation eine Revolution nötig sein würde. Einen solchen Wandel erleben wir auch jetzt.

Es gibt zwar nicht unbedingt einen Plan, aber eine Vision. Dass Trump sein Augenmerk auf Grönland richtet, scheint den Eindruck zu erwecken, dass seine Kritiker mit ihrer Einschätzung über die Gefährlichkeit seiner Torheit recht haben. Es symbolisiert die scheinbare Absurdität des Augenblicks. Doch es wäre falsch, deshalb auf den Mangel an Vorstellungskraft zurückzufallen, der die US-Politik viel zu lange geplagt hat.

Die vergessene dänische Kolonie in der westlichen Hemisphäre spiegelt einen Teil von Trumps Charakter wider, der großspurig, aber nicht ohne Substanz ist. Wo andere selbstgefällig Räume ungenutzt gelassen haben, hat er sich ans Bauen gemacht. Könnte dies auch auf der größten Insel der Welt geschehen? Wo andere nur eine Einöde sehen, sieht Trump nicht nur Möglichkeiten, sondern Notwendigkeiten – die Notwendigkeit für das Wachstum und den Wandel Amerikas.

In diesem und anderen Bereichen erkennt Trump die Notwendigkeit einer weitreichenden amerikanischen Zukunft. Vielleicht müssen die Grenzen des Reiches der Freiheit, angesichts des bevorstehenden 250. Jahrestags der Amerikanischen Revolution, neu verhandelt werden. **IP**

Der vorliegende Text erschien am 09. Januar 2025 in Compact Magazine und wurde von Johannes K. ins Deutsche übersetzt, sowie durch Endnoten ergänzt.

-
- 1 William H. Seward (1801-1872) war US-Außenminister unter Präsident Lincoln und Johnson. Er verhandelte 1867 den Kauf Alaskas von Russland, der zunächst als „Seward's Folly“ (Sewards Torheit) verspottet wurde.
 - 2 Als „Isolationisten“ wurden in den USA vor dem Zweiten Weltkrieg jene bezeichnet, die eine Nichteinmischung in europäische Konflikte forderten. Der Begriff wurde diffamierend verwendet, nachdem Pearl Harbor die USA zur Teilnahme am Zweiten Weltkrieg zwang.
 - 3 Joe Walsh ist ein ehemaliger republikanischer Kongressabgeordneter und Radio-Moderator, der 2020 erfolglos gegen Trump um die republikanische Präsidentschaftskandidatur antrat und sich als scharfer Trump-Kritiker profilierte.
 - 4 Grand Old Party, ist der Beinamen der Republikanischen Partei. Die „alte Garde“ bezeichnet hier die etablierten, traditionellen Republikaner, die sich von Trumps Politik distanzieren.

Mar-a-Gaza

Donald Trump erwarb Mar-a-Lago lange nachdem es als Präsidentenresidenz („Winter White House“) aufgegeben wurde, wofür es ursprünglich gebaut und der US-Regierung gespendet worden war. Die Regierung hatte es verkauft, und Trump erwarb es mehrere Jahrzehnte vor seiner politischen Karriere zu einem Schnäppchenpreis. Er verwandelte es von einer heruntergekommenen Immobilie zu seinem privaten Anwesen, wodurch er es schließlich seinem ursprünglichen Zweck zuführte.

Diesen Winter sagte Trump, dass die Vereinigten Staaten sich „um Gaza kümmern“ und dort „einen Job erledigen“ werden. Wie bei allen Dingen, die Trump sagt, handelt es sich entweder um seine aufrichtige Absicht oder den Eröffnungszug einer Verhandlungsposition. Im Gegensatz zu anderen ähnlichen Äußerungen war dies kein spontaner Kommentar, sondern eine vorbereitete Bemerkung, vorgelesen aus schriftlichen Notizen am Rednerpult einer Pressekonferenz.

Nur wenige Wochen nach Beginn seiner zweiten Amtszeit bekannte Trump, persönlich die Verantwortung für die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts zu übernehmen. Obwohl dieses Vorhaben die Welt schockierte, war es eindeutig ein mit seinem Team sorgfältig ausgearbeiteter Vorschlag. Benjamin Netanjahus angespanntes Lächeln zeigte, dass er im Voraus Bescheid wusste und deshalb weder überrascht noch sonderlich glücklich darüber war.

Einen Tag vor Bibis (Benjamin Netanjahus) Besuch hatte Trump die Größe seines Stiftes mit der Größe seines Schreibtischs, dem „Resolute Desk“, verglichen und erklärte, dass der Stift das kleine Israel im größeren Nahen Osten repräsentiere. Doch wie Alan Dershowitz bemerkte, ist „dieses Statement zweischneidig.“

Um alle Zweifel auszuräumen, sagte Trumps Nationaler Sicherheitsberater Mike Waltz am nächsten Tag, dass die Vereinigten Staaten ein 10- bis 15-jähriges Engagement eingehen möchten, um Gaza wieder aufzubauen.

Trumps Kernkompetenz ist nicht nur „the Art of the Deal“, sondern auch das Denken „outside the box“. In diesem Fall ist es die tödliche Box des Israel-Palästina-Konflikts. Er beschrieb den Nahen Osten einmal als „long blood-stained sand“ (lange blutgetränkte Sandfläche). Trump empfindet der Geschichte gegenüber keine Sentimentalität, seine Haltung ihr – wie allem anderen – gegenüber ist völlig pragmatisch. Er sagte schlicht, dass die Palästinenser und Israelis die nächsten hundert Jahre damit verbringen könnten, dasselbe zu tun, was sie die letzten hundert Jahre getan haben – „aber das will niemand“.

Trump hat vor, ihnen den Konflikt abzunehmen. Netanjahu muss grinsen und es ertragen. Gaza soll weder Israel noch der Hamas gehören.

Der amerikanische Präsident will Frieden und besteht darauf, dass Israel das auch will. Der evangelikale Christ Mike Huckabee wurde als Trumps Botschafter nach Israel entsandt. In ihm müssen die Israelis dem Antlitz des christlichen Zionismus gegenüberstehen, welcher, anders als sie, das Armageddon erwartet. Ist das die Zukunft, die sie wollen – die Erfüllung der Prophezeiung anderer?

Der Krieg in Gaza konnte eigentlich nur auf eine Weise enden – doch nun wird den Kriegsparteien unerwartet eine internationale Lösung von außen aufgezwungen.

Das wäre ein Hindernis für das „Eretz Israel“,¹ welches Gaza und das Westjordanland territorial einschließen würde. Trump bietet an, Palästina wieder aufzubauen. Wird es bei Gaza bleiben?

Trump hat sich beschwert, dass er sich von Netanjahu verraten fühlte: nicht wegen der Anerkennung von Bidens Wahlsieg 2020, sondern wegen dessen Versagen, Frieden zu schließen. Trump warf Netanjahu vor, ihn getäuscht zu haben, indem er nur so tat, als wolle er Frieden. Im Gegensatz dazu nannte Trump den Präsidenten der palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmoud Abbas, eine „Vaterfigur“. Abbas seinerseits war einer der Ersten, der Trump nach dem Attentatsversuch alles Gute wünschte, in einem Brief, den Trump noch vor der Wahl stolz vorzeigte.

Trump versprach den arabischen Amerikanern ein Ende des Gemetzels. Der 7. Oktober war ein Ereignis, das keine Rückkehr zum Status quo zulässt. Das gilt nicht nur für die Palästinenser, sondern auch für die Israelis. Eine fundamentale Veränderung ist unvermeidlich.

Trumps erzwungener Waffenstillstand wird von ihm selbst nun potenziell gefährdet, indem er das Endspiel verändert. Doch diese scheinbar neuartige Idee war immer der Plan, der Jared Kushner² vorschwebte und dessen Abschluss in Trumps erster Amtszeit nicht umgesetzt werden konnte. Der 7. Oktober eröffnete nun die Gelegenheit, an einem ähnlichen Punkt anzukommen. Die Hamas war immer von sekundärer Bedeutung; ihre Selbstzerstörung Gazas hat das Ergebnis lediglich beschleunigt.

Trump wird ein Kapitel der Geschichte beenden, das scheinbar nicht mehr von Bedeutung ist, ohne dass das geschehene Leid

einander gegengerechnet wird. Manches kann nicht repariert, sondern nur zurückgelassen werden. Trump will mit den Trümmern der Vergangenheit aufräumen.

Walter Benjamin schreibt in „Der destruktive Charakter“:

„Der destruktive Charakter sieht nichts Dauerndes. Aber eben darum sieht er überall Wege. Wo andere auf Mauern oder Gebirge stoßen, auch da sieht er einen Weg. Weil er aber überall einen Weg sieht, hat er auch überall aus dem Weg zu räumen. Nicht immer mit roher Gewalt, bisweilen mit veredelter. Weil er überall Wege sieht, steht er selber immer am Kreuzweg. Kein Augenblick kann wissen, was der nächste bringt. Das Bestehende legt er in Trümmer, nicht um der Trümmer, sondern um des Weges willen, der sich durch sie hindurchzieht.“³

Marx und Engels schreiben über die moderne kapitalistische Gesellschaft:

„Sie hat die heiligen Schauer der frommen Schwärmerei, der ritterlichen Begeisterung, der spießbürglerlichen Wehmut in dem eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt. [...] Sie hat ganz andere Züge ausgeführt als Völkerwanderungen und Kreuzzüge. [...] Alle festen eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neugebildeten veralten, ehe sie verknöchern können. Alles Ständische und Stehende verdampft, alles Heilige wird entweiht, und die Menschen sind endlich gezwungen, ihre Lebensstellung, ihre gegenseitigen Beziehungen mit nüchternen Augen anzusehen.“⁴

In Anbetracht der Verwüstung ist Trumps Vision atemberaubend, aber in ihrer Einfachheit ernüchternd. Auf sich allein gestellt, könnten sich die Israelis und Palästinenser zu Grunde richten. Nur Amerika kann sie davor bewahren. Denn die Vereinigten Staaten sind nicht nur Israels sicherster Verbündeter, sie sind auch der einzige zuverlässige Freund der Palästinenser.

Netanjahu sagte zu Trumps Plan: „Sie können gehen, sie können zurückkommen, sie können umgesiedelt werden und zurückkommen, aber man muss Gaza wieder aufbauen.“ Das wäre keine ethnische Säuberung, geschweige denn „Genozid“, sondern lediglich der Wiederaufbau nach den Zerstörungen des Krieges.

Obwohl es als Immobilienentwicklung dargestellt wird, ist es ein politischer Schachzug, um die Vereinigten Staaten als feste Größe vor Ort zu etablieren, die aktiv das Ende des Konflikts vermittelt.

Die USA waren schon immer die größten Geldgeber der Palästinenser und Trump ist im Hinblick auf ihre Angelegenheit wahrscheinlich der mitfühlendste Präsident bisher. Sein Engagement, Verantwortung für Gaza und die Bewohner Gazas zu übernehmen, erhöht den Einsatz und entlarvt die Komplizenschaft der arabischen Staaten, insbesondere des benachbarten Ägyptens unter Präsident Abdel Fattah el-Sisi und Jordaniens unter König Abdullah, die bereits seit langem Friedensabkommen und normale Beziehungen zu Israel unterhalten und der Hamas und

dem Islamischen Dschihad mindestens ebenso feindlich gegenüberstehen wie Netanjahus Israel. Trump erhöht den Einsatz und macht deutlich, dass es jetzt für alle an der Zeit ist, entweder Flagge zu zeigen oder den Mund zu halten.

Trump entblößt sie als das, was sie im besten Fall immer gewesen sind: Gutwetterfreunde der Palästinenser. Im Gesamten betrachtet, müssen die Monarchien der Golfstaaten und Saudi-Arabiens, die bestehenden und zukünftigen Partner der Abraham Accords,⁵ nun Trumps Engagement für Gaza und die Palästinenser im Allgemeinen entsprechen. Wenn sie das tun, führt das zu einer geeinten Front, die den Israelis ein Angebot machen wird, das sie nicht ablehnen können.

Und zu ihrem gemeinsamen Feind, der Islamischen Republik Iran, hat Trump gesagt, dass er die Executive Order für den „maximalen Druck“ gegen Teheran nur widerwillig unterzeichnet habe. Eine der ersten Amtshandlungen nach seiner Wahl war es, Elon Musk als Gesandten zu schicken, um der iranischen Delegation bei den Vereinten Nationen seine Absicht zu versichern, die Friedensverhandlungen wieder aufzunehmen zu wollen. Wie schon in seiner ersten Amtszeit hat Trump kein Interesse daran, den Iran anzugreifen.

Weit davon entfernt, Netanjahus Politik zu unterstützen, arbeitet Trump daran, deren Begründungen zu untergraben. Er zwingt Israel erfolgreich an den Verhandlungstisch und, beginnend mit dem Waffenstillstand, zu Zugeständnissen – im Gegensatz zu Biden, dessen „Bärenumarmung“ Netanjahu nicht effektiv einschränken konnte. In seinem üblichen Stil macht Trump Bidens gescheiterte „humanitären Pier“ für Gaza auf größtmögliche Art und Weise wahr.

Trumps Absicht ist klar: Wenn Biden unbeabsichtigt den „Genozid“ an den Bewohnern Gazas begünstigt hat, dann wird Trump sie retten, indem er den Prozess scheinbar vollendet und die Gefahr einer „ethnischen Säuberung“ beseitigt, indem er sie zur vollendeten Tatsache erklärt. Selbst die Eskalation Israels im Westjordanland ist lediglich Teil desselben Prozesses – nicht der Vertreibung der Palästinenser, sondern der Klarstellung, dass es keine Alternative gibt. Trump will sich den Umstand zunutze machen, dass er die Palästinenser und Israelis genau dort hat, wo er sie haben will.

Die Alternative zu einem Genozid konnte und kann niemals etwas anderes als Kapitulation sein. Washington hat seit über vierzig Jahren – seit Jimmy Carters Camp-David-Abkommen mit Anwar el-Sadat⁶ – versucht, die Kapitulation der Palästinenser vor dem israelischen Sieg zu verhandeln. Netanjahu hat die Möglichkeit einer palästinensischen Kapitulation erfolgreich hinausgezögert, um ihre Schwäche möglichst effektiv auszunutzen. Trump hingegen stoppt Netanjahus Vormarsch, indem er dessen Ergebnisse bestätigt und ihm alles gibt, was er öffentlich fordert – so wie er Jerusalem als Israels Hauptstadt anerkannt hat, in Erwartung einer Gegenleistung für die Palästinenser –, sodass eine daraus resultierende Zwei-Staaten-Lösung nicht als „Belohnung des Terrorismus“ oder Kapitulation vor der Strategie der Hamas angesehen werden kann – die mit dem Angriff am 7. Oktober nicht darauf abzielte, Israel

zu zerstören, sondern zu Verhandlungen zu zwingen.

Wenn nur Nixon nach China gehen konnte, dann kann nur Trump das langfristige, überparteiliche Ziel eines Endes des Israel-Palästina-Konflikts durch die endgültige Errichtung eines palästinensischen Staates erreichen. Die taktischen Unterschiede zu den Demokraten und allen anderen betreffen nicht die Grundsätze oder Zwecke, sondern nur die Mittel. Trumps bescheidener Vorschlag wurde wie üblich im größtmöglichen Stil präsentiert, ist aber nur eine Geste: Er hat bereits versprochen, dass weder amerikanische Truppen noch Gelder für diese Angelegenheit eingesetzt werden.

Wie gewöhnlich wird er nicht Besitzer, sondern nur Namensgeber sein – von Trumps Frieden. **IP**

Der vorliegende Text erschien am 07. Februar 2025 in Compact Magazine und wurde von Johannes K. ins Deutsche übersetzt sowie durch Endnoten ergänzt.

- 1 Hebräisch für „Land Israel“. Bezeichnet in der zionistischen Haltung das historische Gebiet, das Juden als ihr biblisches Heimatland beanspruchen. Der Begriff umfasst geografisch das heutige Israel, den Gazastreifen, das Westjordanland und teilweise auch Gebiete der Nachbarstaaten.
- 2 Jared Kushner, Donald Trumps Schwiegersohn (verheiratet mit Ivanka Trump), war während Trumps erster Amtszeit Senior Advisor des Präsidenten. Er spielte eine zentrale Rolle bei der Nahost-Politik, insbesondere bei der Aushandlung der Abraham-Accords 2020.
- 3 Walter Benjamin: „Der destruktive Charakter“. In: *Gesammelte Schriften*, Bd. 4, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1972, S. 396–398, hier S. 397.
- 4 Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei (1848). In: *Marx-Engels-Werke (MEW)*, Band 4, Berlin: Dietz Verlag 1959, S. 459–493, hier S. 464–465. Online abrufbar unter: <https://www.marxists.org/deutsch/archiv/marx-engels/1848/manifest/1-bourprol.htm>
- 5 Die Abraham Accords sind eine Serie von Normalisierungsabkommen zwischen Israel und mehreren arabischen Staaten, die im September 2020 unter Vermittlung der Trump-Regierung geschlossen wurden. Die Abkommen markierten einen historischen Durchbruch, da die arabischen Staaten erstmals diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen zu Israel aufnahmen, ohne eine vorherige Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts zu fordern.
- 6 Die Camp-David-Abkommen wurden 1978 unter Vermittlung von US-Präsident Jimmy Carter zwischen dem israelischen Premierminister Menachem Begin und dem ägyptischen Präsidenten Anwar el-Sadat geschlossen. Sie führten 1979 zum ersten Friedensvertrag zwischen Israel und einem arabischen Staat und zur Rückgabe des Sinai an Ägypten.



Die Furcht selbst

Es ist Trumps Welt, und wir leben in ihr. Die Frage ist nur, wie wir dazu stehen. FDR (Franklin D. Roosevelt) hielt seine berühmte Rede, „dass es nur eine Sache gibt, die wir fürchten müssen: die Furcht selbst“, um Bedenken hinsichtlich seiner New-Deal-Reformen auszuräumen, die zu dieser Zeit als beispiellose Schritte galten und daher zu Recht Angst auslösten. Die Botschaft der zweiten Trump-Regierung – die in vielerlei Hinsicht eigentlich seine erste ist – lautet genauso: Die Gefahr geht nicht von den Maßnahmen aus, die er ergreift, sondern von der Panikmache darüber. Die Panikreaktion der Aktien- und Anleihenmärkte schien den Verhandlungsprozess über die Zölle vorübergehend zu erschweren, aber das sind taktische, keine strategischen Fragen: Das Ziel bleibt dasselbe. Genauso wie die 10% Basiszinssätze auf Importe aus fast allen Ländern, die bereits eine massive Erhöhung darstellen, bestehen bleiben. Trump wird sich nicht von seinem Ziel abbringen lassen, die amerikanische und die globale Wirtschaft umzustrukturieren. Er hat bereits irreversible Veränderungen bewirkt. Wer weiß, wie sich das alles entwickeln wird? Trump und sein Team scheinen von ihrem Verständnis über das, was sie tun, überzeugt zu sein.

Was auch immer hinter den Kulissen zwischen Trumps Beratern vor sich gegangen sein mag (oder auch nicht), es ging um die Reihenfolge und nicht um das Tempo: Der 90-tägigen Pause ging eine ähnliche 30-tägige Verzögerung bei den zuvor gegen Kanada und Mexiko verhängten Zöllen voraus. Damit sollte Zeit für Verhandlungen gewonnen und nicht deren Vermeidung erreicht werden. Trump hat mindestens zwei Jahre Zeit, um seine Ziele zu erreichen.

Der „Liberation Day“ wurde nicht nur für die USA, sondern für die ganze Welt ausgerufen. In diesem Spiel haben nicht nur die Ukrainer eine schlechte Hand, sondern auch alle anderen am Tisch. Bis auf die USA, die nach wie vor die einzigen Geber am Tisch sind, und jeder weiß, man wettet niemals gegen das Haus – vor allem dann nicht, wenn es den größten Gangstern von allen gehört. Trump ist weder Protektionist noch Isolationist. Wenn überhaupt, dann zeigt Trump, dass die Ära der imperialen Zurückhaltung vorbei ist. Wenn alle das Imperium ausnutzen und sich darüber beschweren, dann neigt Trump dazu, entsprechend zu handeln, indem er die Widerspenstigen zur Räson bringt – und die Verbrecher zur Rechenschaft zieht. Trump möchte großzügig sein, aber er muss zunächst die Voraussetzungen dafür schaffen, dies auch zu können. Was leicht übersehen wird, ist, wie sehr die Welt dies von ihm braucht und erwartet. Amerikanische Führungsstärke ist nicht nur weiterhin möglich, sondern notwendig.

Finanzminister Scott Bessent erklärte, dass „strategische Unklarheit der Schlüssel zu jeder Verhandlung ist“, weshalb die Nervosität an den Märkten unvermeidlich ist. Zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Artikels haben sich die Aktien jedoch bereits erholt. Widerstand gegen Trumps Politik kommt von allen, die ein Interesse an dem Status quo haben, den eraufbrechen und stürzen will. Er räumt den Tisch ab und alle bisherigen Wetten sind ungültig. Wir sind alle besorgt, aber manche haben mehr zu verlieren als

andere. Trump erhöht den Einsatz für sie, und sie müssen passen oder riskieren, alles zu verlieren. Trump blufft nicht: Das hat er nicht nötig. Er muss lediglich sein eigenes Haus in Ordnung bringen – und wie sich herausstellt, ist es für ihn am einfachsten, auf der Weltbühne zu agieren und eine umstrukturierte Weltwirtschaft als fait accompli für die Innenpolitik zu liefern.

Bessent erklärte, dass die Wall Street in der vergangenen Generation gut abgeschnitten habe, nun aber die Main Street an der Reihe sei. Er weist darauf hin, dass die Wirtschaft nur den obersten 10 % zugutegekommen sei, während sie sich zum Nachteil der unteren 50 % ausgewirkt habe, die an Boden verloren hätten, und die mittleren 40 % lediglich darum gekämpft hätten, sich über Wasser zu halten. Er möchte, dass sie den 90 % und nicht nur den 10 oder 50 % dient. Falls Amerika auseinanderzufallen drohte, ist Trump gekommen, um es zu reparieren.

Bessent beschrieb die erste Runde der Zölle als eine Einteilung der Länder der Welt in „drei Kategorien: Verbündete, Neutrale und Feinde“ – wobei China als „bad actor“ entlarvt wurde. Das bedeutet lediglich, dass mit China härter verhandelt wird, aber keinen tatsächlichen Handelskrieg – den China nur verlieren könnte. Trump verspricht allerdings auch Vorteile für China, dessen Wirtschaft ebenso dringend Veränderungen benötigt wie die amerikanische. Sein Ziel ist nicht, China in eine gegnerische Position zu drängen – es sei denn, China besteht darauf –, sondern die Beziehungen neu zu gestalten.

Obwohl Trump eine Nullsummen-Rhetorik verwendet, verhandelt er nicht nach diesem Prinzip, sondern strebt vielmehr gegenseitigen Nutzen an. Trump ist der Ansicht, dass sich die Welt bereits in einem Handelskrieg mit den USA befand, diese jedoch nicht zurückschlugen. Doch was wäre gewonnen, wenn die USA diesen Kampf gewinnen würden? Er ist der Meinung, dass dieser Konflikt für alle von Nachteil ist und dass eine Neuordnung nicht nur den Interessen der USA, sondern der gesamten Welt besser dienen kann. Die Kriegsanalogie ist vielleicht nicht ganz zutreffend, da es sich hier eher um eine parasitäre Beziehung handelt, die den Wirt langsam tötet und dessen Zusammenbruch die ganze Welt mit in den Abgrund ziehen würde.

Wer sind die Hauptakteure? Die USA, China und Europa (so wie es existiert) – der Rest der Welt will einfach nur nicht verschluckt werden. Aber China ist der Affe auf dem Rücken der USA, der sie herunterzieht. Europa hingegen ist eine Schöpfung der USA aus dem Kalten Krieg, die nun glaubt, unabhängig zu sein. Der einzige Weg für beide, sich zu verwirklichen, wäre eine Zusammenarbeit gegen die USA. Aber keiner vertraut dem anderen mehr als den USA. Bleibt noch Russland: Wenn Europa auf Russland schaut, sieht es China, wenn China auf Russland schaut, sieht es Europa. In dieser Lage möchte Trumps USA Russland ein Angebot zur Normalisierung der Beziehungen machen, als Alternative dazu, ein Anhängsel von entweder China oder Europa zu werden. Die USA bleiben also in der privilegierten Position, mit allen und jedem, einzeln und gemeinsam, verhandeln zu können. Sie können auch – zumindest androhen – sich in ihre eigene Hemisphäre zurückzuziehen und die Alte Welt untergehen lassen. (Was sie ohne die USA sicherlich tun würde – wie alle Kriege des letzten und dieses Jahrhunderts zeigen.)

Wie Trump versprochen hat, hat die Senkung des Ölpreises Russland und Iran die Fähigkeit genommen, Krieg zu führen. Sie werden darum betteln, vom Abgrund zurückgeholt zu werden. Die lange Nacht der verdorbenen Grauen der Biden-Präidentschaft löst sich wie ein Trugbild im Nebel beim Anbruch von Trumps neuem goldenen Zeitalter Amerikas auf. Nicht nur die USA, sondern die ganze Welt ist bestrebt, aus diesem Albtraum aufzuwachen.

Der Handelskrieg wird nicht zu einem dritten Weltkrieg führen, vielmehr arbeitet Trump daran, ihn zu verhindern. Die Art und Weise, wie er dies tut, führt, wie seine Kritiker ihm vorwerfen, die USA in die „Insolvenz“. Trump erklärt die USA präventiv für bankrott, nicht um sie zu liquidieren, sondern um die Bedingungen mit ihren Gläubigern neu zu verhandeln: Wie bei seinen Unternehmen haben diese ein größeres Interesse daran, die USA am Leben zu erhalten. Wenn etwas „too big to fail“ ist, dann sind es die USA. In Erwartung eines möglichen Zahlungsausfalls kommt Trump dem zuvor. Ähnlich wie Nixon das Bretton-Woods-System¹ nach dem Zweiten Weltkrieg aufbrach und neu ordnete, indem er die USA vom Goldstandard nahm, und Reagan den Dollar durch die Zustimmung der US-Gläubiger im Plaza-Abkommen abwertete, strebt Trump eine internationale Neubewertung des Dollars an, um die amerikanische Wirtschaft nicht länger zu benachteiligen. Ein Vorteil der USA ist, dass diese tatsächlich deutlich weniger vom internationalen Handel abhängig sind als die meisten anderen Länder.

Der Vorsitzende des Council of Economic Advisers, Stephen Miran,² hat in einem Strategiepapier den „Mar-a-Lago Accord“ vorgeschlagen, der als Mittel zu diesem Zweck übernommen wurde – ob offiziell oder nicht, bleibt abschließlich unklar. Miran schrieb, dass die Welt von zwei „öffentlichen Gütern“ abhängt, welche von den USA bereitgestellt werden: einer universellen Handelswährung und globaler militärischer Sicherheit. Dies war und ist im Interesse der USA, aber die Bedingungen wurden unausgewogen, nachdem sich die Welt in den 1960er Jahren vom Zweiten Weltkrieg erholt hatte. Seitdem haben die USA eine unangemessene Last akzeptiert, die andere Länder subventioniert und damit nicht nur Amerika, sondern die Welt untergräbt. Nun werden Verteidigungskosten explizit in die Handelsverhandlungen einbezogen, und Miran hat sogar eine Nutzungsgebühr für den Dollar als Handelswährung vorgeschlagen.

Der Investor Ray Dalio³ sieht in der gegenwärtigen Krise das Ende mehrerer Zyklen in Bereichen, die sich als nicht nachhaltig erwiesen haben: Finanzen, Handel, Geopolitik und Innenpolitik – sowohl in den USA als auch in vielen anderen Ländern. Trump steht für eine potenzielle Transformation in all diesen Bereichen hin zu einer neuen post-neoliberalen politischen und wirtschaftlichen Ordnung. Die Alternative besteht darin, die notwendigen Veränderungen durch einen Flickenteppich-Ansatz zu vermeiden. Aber die Probleme wurden bereits so weit wie möglich aufgeschoben. Die Rechnung ist fällig, und Trump ist bereit, sie zu begleichen – bevor die Kosten zu hoch werden.

Aber der Neoliberalismus des parteiübergreifenden Konsenses der vergangenen Generation war nicht bloß eine politische Richtlinie, sondern eine gesamte und komplexe politische,

wirtschaftliche, kulturelle und sogar psychologische Form des Kapitalismus. Er war sowohl Veränderung als auch Kontinuität zur vorherigen Form des Kapitalismus im hohen 20. Jahrhundert. Die Frage ist, welchen Charakter der historische Rhythmus von Transformation im Kapitalismus hat.

Was Trump tut, hatte er schon immer vor. Seit seinen frühesten Andeutungen in den späten 1980er Jahren, für das Amt des Präsidenten kandidieren zu wollen, hat Trump über das verschwendete Potenzial Amerikas geklagt. Dass er dies vierzig Jahre später umsetzt, ist typisch für frühere Veränderungen im Kapitalismus: John Maynard Keynes entwickelte seinen Ansatz vor dem Ersten Weltkrieg, aber er wurde erst nach dem Zweiten Weltkrieg und in der Folge der Großen Depression umgesetzt; Milton Friedman strebte in den 1940er Jahren Reformen als Reaktion auf die Automatisierung an, die nach der Krise und dem wirtschaftlichen Abschwung der 1970er Jahre in einer Ära der Deindustrialisierung übernommen wurden. Solche Veränderungen holten lang bestehende Notwendigkeiten im Kapitalismus nur verspätet ein. Sie alle stellten eine politische Krise dar, die Ideologien und Parteien veränderte und Wählergruppen neu sortierte. Während sie auf einen bereits vergangenen Zustand reagierten, legten sie dennoch die Bedingungen für die Zukunft fest. Trumps Gelegenheit kam, nachdem Obama die Krise nach der Großen Rezession von 2008 nicht adäquat bewältigt hatte.

Ich habe die letzten 10 Jahre – seit Trump als Kandidat aufgetaucht ist – damit verbracht, die Morgendämmerung des Post-Neoliberalismus zu beobachten, die Trump verkörpert. Es hat gedauert, bis die Überzeugung, dass Trump eine Anomalie sei, abgeklungen ist. Doch Verwirrung und Angst bleiben bestehen. Ezra Klein⁴ nennt Trump einen „radikalen Moderate“, was jemanden beschreibt, der extreme Mittel – zum Beispiel unmäßige Rhetorik – einsetzt, um letztlich moderate Ziele zu erreichen. Trump treibt Veränderungen eher konservativ voran, aber selbst das ist für das erstarrte Establishment und eine von ihm zur Angst erzogene Öffentlichkeit zu viel.

Es ist schwindelerregend desorientierend, aber wenn man bereit ist, die Augen für die Zeichen der Zeit zu öffnen, kann man Orientierungspunkte finden. Betrachtet man Trump als ein Relikt aus der Vergangenheit, erinnert er daran, dass die Rechnung der Geschichte nicht billig beglichen werden kann. Eine Form des Kapitalismus nahm ihren Lauf und es ist passend, dass ein Dissident aus ihrem wirtschaftlichen Aufschwung derjenige sein soll, der sie jetzt verändert. Trump ist – genau wie Bernie Sanders – eine Figur der „Reagan-Revolution“ der 1980er Jahre und warnte vor ihren gefährlichen Mängeln, die andere nicht anerkennen wollten. Das malerische Altmodische kann plötzlich überraschend aktuell wirken und den Bedürfnissen der Gegenwart entsprechen. Was erforderlich ist, ist der Wille, dies zu tun. Trumps Wille ist erschreckend unnachgiebig. Es gibt diejenigen, die davon begeistert sind, und andere, die ungläubig auf seiner Unmöglichkeit beharren. Aber die Dinge müssen sich ändern, und werden sich ändern: Sie haben es bereits getan.

Als Jeb Bush⁵ Trump vor einem Jahrzehnt während der republikanischen Vorwahlen 2016 den „Chaos-Kandidaten“ nannte, wollte er vor jemandem warnen, der die Gefahrenheiten der

etablierten Ordnung – oder einfach die Parteitreue zu den Republikanern – nicht beachten würde. Doch es ging weit darüber hinaus: Trump ist bereit, alles und jeden zu opfern, um das zu tun, was er für richtig hält. Es ist ein Cortés-Moment⁶ – „Verbrennung der Schiffe“, „Kein Weg zurück“ –, an dem der Anführer seine Anhänger zwingt, voranzugehen, um die neue Welt zu erobern, die sich ihnen eröffnet hat. Doch wenn sie sich weigern, wird Trump für ihre Untätigkeit nicht verantwortlich sein, denn er hat alles getan, um sie an diesen Punkt zu bringen: Nun liegt es an ihnen, die Gelegenheit zu ergreifen.

Trump kümmert sich nicht unbedingt um das Wohl der Republikanischen Partei oder das seiner Wähler, diese dienten lediglich dazu, ihn in die Position zu bringen, die er jetzt nutzt, um zu handeln. Seine Maßnahmen sind darauf ausgelegt, kommenden Generationen zu nutzen: Es geht um die Kinder und Enkelkinder seiner Wähler (und anderer), nicht um sie selbst. Repräsentative Demokratie bedeutet, Politiker zu wählen, die Urteile fällen und Entscheidungen in unserem Namen treffen, nicht unseren Willen umsetzen, den wir in staatlichen Angelegenheiten ohnehin kaum kennen. Das einzige Mittel, der Enttäuschung Ausdruck zu verleihen, ist, ihn abzuwählen. Dass Trump als „lame duck“ jedoch nichts zu verlieren hat, verschärft das Problem: Es gibt keine andere Möglichkeit, ihn zur Rechenschaft zu ziehen, als ein (weiteres) Amtsenthebungsverfahren einzuleiten und ihm das Amt zu entreißen. Doch das wird nicht passieren. Die meisten, die seine Maßnahmen missbilligen, werden seine Absetzung trotzdem nicht unterstützen. Und viele sind weiterhin auf seiner Seite.

Wird Trump erfolgreich sein? Das ist alles andere als klar. Aber er wird es versuchen, und ob es uns gefällt oder nicht, wir sitzen in seinem Boot. Und bis auf die Auswahl der Steuermannen hatten wir kein Mitspracherecht. Ben Shapiro⁷ sagte, dass nichts garantiert ist außer dem Abenteuer im Kapitalismus. Es sind Zeiten wie diese, die die grundlegenden Prinzipien der offenen Gesellschaft auf die Probe stellen, in denen die Risiken real sind und nichts sicher ist. Was wir sicher wissen, ist, dass Trump kein „empty suit“ ist. Er hat das Recht und die Freiheit beansprucht zu handeln. Und das Einzige, worauf man setzen kann, ist das, was zwischen zwei investierten Parteien geschäftlich vereinbart wird – zumindest für die Dauer ihrer Interaktion. Trump ist überzeugt, dass es immer Geschäfte zu machen gibt: Er kann aus potenziellen Gegnern Kunden machen und gegenseitiges Eigeninteresse wird letztendlich die Beziehung festigen.

Trumps Wette ist, dass die anderen eher nachgeben als er, da sie mehr zu gewinnen und weniger zu verlieren haben. Während er seine Gegner nieder starrt, können wir uns sicher sein, dass er nicht blinzelt und ihm seine Verantwortlichkeit bewusst bleibt: Er geht Verpflichtungen für Amerika und die Welt ein, die für Jahrzehnte Bestand haben sollen. Er fürchtet nichts – so haben auch wir nichts zu fürchten, bis auf die Furcht selbst. **IP**

Der vorliegende Text erschien am 09. Mai 2025 in Sublation Magazine und wurde von Johannes K. ins Deutsche übersetzt sowie durch Endnoten ergänzt.

¹ Das Bretton-Woods-System war die nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffene internationale Währungsordnung. Es etablierte den US-Dollar als globale Währung, der an Gold gebunden war, während andere Währungen auf den US-Dollar fixiert waren.

- rungen an den Dollar gekoppelt wurden. Das System schuf auch den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Weltbank. Es brach 1971 zusammen, als Präsident Nixon die Goldbindung des Dollars aufhob, legte aber den Grundstein für die amerikanische wirtschaftliche Vorherrschaft.
- 2 Stephan Miran ist ein amerikanischer Ökonom und wurde von Trump zum Vorsitzenden des Council of Economic Advisers (CEA) ernannt. Miran ist bekannt für unkonventionelle handelspolitische Vorschläge, darunter die Idee, eine Gebühr für die Nutzung des US-Dollars als internationale Handelswährung zu erheben. Seine Theorien bilden einen wesentlichen Teil der wirtschaftspolitischen Grundlage von Trumps zweiter Amtszeit.
 - 3 Ray Dalio (geb. 1949) ist Gründer und langjähriger CEO von Bridgewater Associates, dem weltweit größten Hedgefonds. Dalio warnt vor einem möglichen Machtwechsel von den USA zu China und analysiert die Parallelen zwischen der heutigen Situation und historischen Übergangsphasen.
 - 4 Ezra Klein ist ein amerikanischer Journalist, politischer Kommentator und Kolumnist der *New York Times*.
 - 5 John Ellis „Jeb“ Bush ist der Sohn von George H.W. Bush (41. US-Präsident) und der jüngere Bruder von George W. Bush (43. US-Präsident). Er war von 1999 bis 2007 Gouverneur von Florida und galt als aussichtsreicher Kandidat für die republikanische Präsidentschaftskandidatur 2016.
 - 5 Der Begriff bezieht sich auf den spanischen Konquistador Hernán Cortés, der 1519 bei der Eroberung Mexikos seine Schiffe verbrennen ließ, nachdem seine Truppen gelandet waren. Damit nahm er seinen Soldaten die Möglichkeit zur Flucht und zwang sie, nur noch vorwärtszugehen – Sieg oder Tod.
 - 5 Ben Shapiro ist ein konservativer amerikanischer Kommentator, Autor und Podcaster. Er ist Mitgründer von *The Daily Wire*. Er repräsentiert einen intellektuellen Konservatismus, der versucht, zwischen traditionellen konservativen Prinzipien und Trumps disruptivem Stil zu vermitteln.

Was Musk und Trump noch verbindet

Steve Bannon¹ beschreibt die MAGA-Agenda der Präsidentschaft Trumps anhand von drei Grundsätzen: regulierter Handel, begrenzte Einwanderung und keine ewigen Kriege mehr. All das soll den nationalen Interessen und der Demokratie der USA dienen. Natürlich sind das Bannons Prioritäten und nicht unbedingt die von Trump selbst. Die drei Komponenten der Trump-Koalition für seine Wahl zur zweiten Amtszeit waren nach Bannon: die traditionelle Republikanische Partei, die „Broligarchen“ aus dem Silicon Valley und dem Risikokapitalbereich sowie die „wahren MAGA-Anhänger“. Für diese sieht er drei Bedrohungen: das alte politische Establishment, die Wall Street und die permanente Bürokratie des Deep States.

Bannon hob Elon Musk als besondere Bedrohung hervor. Bannon, der nur kurz in Trumps erster Regierung tätig war, hat in der zweiten keine offizielle Position inne und ist weitgehend darauf beschränkt, von der Seitenlinie aus zu beraten. Musk hingegen war ständig an Trumps Seite. Man sollte nicht zu viel in die Personen hineininterpretieren, die Trump zufällig umgeben. Die Ziele der verschiedenen Trump-Anhänger sind für Trump lediglich Mittel zum Zweck und darüber hinaus entbehrlich. Sie können in Verhandlungen über die Verfolgung höherer Ziele geopfert werden.

Trumps Methode lässt sich auch in seinen internationalen Beziehungen und seiner Außenpolitik beobachten. Betrachtet man die jüngsten Ereignisse, so hat Benjamin Netanjahu versucht, Trump zu instrumentalisieren, doch dieser hat sich dem konsequent widersetzt und den Spieß umgedreht, indem er sich Israels Angriff auf den Iran angeschlossen hat – mit dem Netanjahu Trump davon abhalten wollte, mit der Islamischen Republik zu verhandeln. Trump hat sich jedoch in den „12-tägigen Krieg“ Israels eingeschaltet, um ihn zu beenden – er nutzte das Bombardement Israels, um die Verhandlungen mit dem Iran neu aufzunehmen.

Letztendlich sind Trumps Ziele dieselben wie die der US-Politik im Allgemeinen: die Aufrechterhaltung der Pax Americana und der Führungsrolle in globalen Angelegenheiten, für die buchstäblich jeder ein potenzieller Kooperationspartner und politischer Verbündeter ist. Denn alle Länder und in der Tat alle Menschen sind vom Kapitalismus abhängig, in dem Amerika eine vorherrschende und zentrale Rolle gespielt hat und weiterhin spielt – niemand kann oder will die USA ersetzen. MAGA war von Beginn an eine Frage, die die ganze Welt angeht: Trump kann aufrichtig und zu Recht behaupten, dass er nicht nur Amerika, sondern jedes Land der Welt „great again“ machen will. Es liegt im Interesse Amerikas, dass alle prosperieren. Die Frage ist nur, mit welchen Mitteln dies erreicht werden soll.

Kurz vor dem Republikanischen Parteitag 2024 identifizierte Vivek Ramaswamy² zwei konkurrierende Fraktionen unter den MAGA-Anhängern von Trump: Libertäre und Protektionisten; diejenigen, die den Deep State zerschlagen wollten, und diejenigen, die ihn nutzen wollten, um ihre eigene Agenda voranzutreiben. Ramaswamy stellte diese Spaltung als eine zwischen ihm und JD Vance dar – trotz ihrer langjährigen Freundschaft, die bis in ihre frühen Studienzeiten zurückreicht. Darüber hinaus betonte Ramaswamy, dass es bei diesen Differenzen nicht wirklich um Ziele oder Prinzipien ging, sondern lediglich um alternative Mittel zum Erreichen der gemeinsamen Ziele von MAGA.

Elon Musk scheint gut in die libertäre „Broligarch“-Fraktion der MAGA-Koalition zu passen. Er und Ramaswamy wurden gemeinsam mit der Leitung des DOGE, dem Department of Government Efficiency (Ministerium für Regierungseffizienz), betraut, wobei eine Arbeitsteilung zwischen Viveks Zielen (erheblicher Abbau von Regierungsangestellten) und Elons Methoden (basierend auf seinen Erfahrungen in der Leitung seiner Unternehmen und den zuletzt drastischen Kürzungen beim Personal von Twitter) vereinbart wurde. Ramaswamy verließ DOGE jedoch vor Trumps Amtseinführung, angeblich um 2026 für das Amt des Gouverneurs von Ohio zu kandidieren. Damit blieb Musk allein für die Leitung der Initiative verantwortlich. Waren seine Ziele dieselben?

DOGE war kontrovers, nicht zuletzt innerhalb der Trump-Regierung selbst. Musk soll sich mit zwei prominenten Kabinettsmitgliedern gestritten haben: Außenminister Marco Rubio³ und Finanzminister Scott Bessent.⁴ Schließlich waren es Uneinigkeiten mit Bessent, die zu Elons Rücktritt führten, der zeitlich mit dem Ende seiner befristeten Tätigkeit als Regierungsangestellter von 180 Tagen abgestimmt wurde. Sowohl Rubio

als auch Bessent lehnten Musks Einmischung mit DOGE in gewisse Teile ihrer Einflussbereiche ab. Rubio beanstandete den Verlust der Kontrolle über USAID,⁵ während Bessent darauf bestand, seinen eigenen Leiter der IRS⁶ ernennen zu dürfen. (Hierfür ist bezeichnend, dass Musk mit seiner DOGE-Initiative „Verschwendungen, Betrug und Missbrauch“ bekämpfen wollte, während Bessent hingegen die „Steuereintreibung“ an dritter Stelle seiner Prioritäten für die Leitung der IRS aufführte, hinter „Datenschutz“ und „Kundenservice“, was auf eine gewisse Nachlässigkeit hinsichtlich der Haushaltsslage bei der Durchsetzung der Finanzdisziplin im amerikanischen Kapitalismus hindeutet und darauf, dass er bewusst ein Auge zudrückt, wenn es um Steuerhinterzieher geht.) Rubio ist ein potenzieller Rivale von Vance um die Nachfolge als Präsident; Bessent ist der führende Mann und PR-Vertreter von Trumps Gesamtwirtschaftsplan zur Umstrukturierung der amerikanischen und globalen Wirtschaft durch die Neuverhandlung von Handelsbeziehungen. Dieser Plan umfasst die Verwendung von Zöllen und die Neubewertung des US-Dollars als globale Reserve- und gemeinsame Handelswährung.

Dennoch spielte Elon Musk schon bald nach seinem Beitritt zu Trumps Wahlkampfteam für 2024 eine herausragende Rolle, sowohl in der Endphase von Trumps Wahlkampf als auch nach November bei der Planung und Umsetzung der Übergangsphase hin zu Trumps Amtsantritt. Musks Aufgaben waren vielfältig und umfassten unter anderem die Rolle als Trumps Gesandter, um kurz nach der Wahl Verhandlungen mit Vertretern der Islamischen Republik Iran aufzunehmen.

Wer ist dieser Mann und wie hat er diese politische Position erreicht?

Elon Musk ist der reichste Mann der Welt und leitet mehrere namhafte Unternehmen, darunter Tesla, SpaceX, Starlink, The Boring Company und Neuralink. Er wird oft mit Henry Ford verglichen, dessen erschwingliche Autos den Konsum und die Suburbanisierung sowie höhere Löhne und einen besseren Lebensstandard förderten. Es gab eine Verbindung zwischen Kapitalismus und Philanthropie, die wohlgerne eine Transformation der Menschheit in der Gesellschaft des 20. Jahrhunderts mit sich brachte. Bietet Musk dasselbe für das 21. Jahrhundert, erweitert auf interplanetarische Dimensionen, mit seinem angepriesenen Ziel, den Mars zu kolonisieren? Fords Einstieg in die Politik war zumindest weniger glanzvoll und stand im Zusammenhang mit dem Aufstieg des Faschismus. Die Erinnerung an die Veränderungen des Kapitalismus im 20. Jahrhundert verfolgt die Gegenwart noch immer – insbesondere in der Krise des Neoliberalismus, der eigentlich das „Ende der Geschichte“ sein sollte und nun alle alten Geister (einschließlich des Gespenstes des Marxismus) wieder auferweckt.

Musk stieg durch seine aggressive Übernahme von Twitter in die Politik ein, für die er einen exorbitanten Betrag zahlte, um sich die Kontrolle über die Plattform zu sichern – Kritiker warfen ihm vor, sie dadurch praktisch an Neonazis auszuliefern. Als Grund für sein Handeln gab er an, die Zensur in dem Social-Media-Unternehmen beenden zu wollen, insbesondere die von der US-Regierung initiierte. Zu diesem Zweck öffnete er die internen

Unterlagen des Unternehmens für eine ausgewählte Gruppe von Journalisten, darunter Matt Taibbi, Michael Shellenberger, Bari Weiss und Lee Fang, die ihre Einblicke in den Twitter Files veröffentlichten und damit eine große Enthüllungsgeschichte über verdeckte Einflussnahme verfassten, unter anderem durch private Unternehmen, die als Vermittler für US-Geheimdienste und Strafverfolgungsbehörden fungierten, angeblich um gefährliche „Desinformation“ zu bekämpfen. Zwei Hauptthemen waren COVID und der Krieg in der Ukraine. Die Zensur sozialer Medien durch die USA beschränkte sich nicht nur auf Twitter, sondern fand auf allen digitalen Plattformen statt. Musk beendete nicht nur die Zusammenarbeit mit der Regierung, sondern lockerte auch die freiwilligen internen Beschränkungen des Unternehmens in Bezug auf Inhalte. Eine seiner ersten Maßnahmen war die Aufhebung der Sperre für Trump, die die Plattform nach den Unruhen von Trump-Anhängern im US-Kapitol am 6. Januar 2021 gegen ihn verhängt hatte.

Musks politische Bemühungen beschränkten sich nicht nur auf die Übernahme von Twitter. Er drohte auch der ukrainischen Regierung mit der Verweigerung der Nutzung seiner Starlink-Satelliten in ihrem von den USA unterstützten Krieg gegen die russische Invasion und Annexion.

Es wurde behauptet, dass Musks politischer Wechsel weg von der Demokratischen Partei und hin zu Trump darauf zurückzuführen sei, dass sein ältestes Kind sich als trans outete – und so Elon persönlich durch die Kulturkriege der Biden-Präidentschaft motiviert wurde. (Auch wurde Musk persönlich von der Biden-Regierung brüskiert, indem er medienwirksam nicht zu ihrem Gipfeltreffen der Elektroautohersteller im Weißen Haus eingeladen wurde.) Aber er war nicht der einzige große Kapitalist, der 2024 zu Trump wechselte – wie die Anwesenheit aller großen Big-Tech-Gründer und CEOs bei Trumps zweiter Amtseinführung zeigte. (Dies war bemerkenswert, wenn man bedenkt, dass genau dieselben Personen sich 2020 gegen Trumps Wiederwahl eingesetzt hatten.)

Aber warum hat sich Musk nun gegen Trump gewandt und seine eigene „America Party“ angekündigt? War es lediglich ein Kampf der Egos – sei es mit Trump selbst oder seinen anderen Anhängern und Beratern? War es, wie die Trump-Administration andeutete, auf die Streichung von Steuererleichterungen für Elektrofahrzeuge wie die von Tesla zurückzuführen? War es die Ablehnung von Musks Kandidaten für die Leitung der NASA? War es ein Interessenkonflikt?

Wie bei Trump stellt sich auch hier die Frage, was Musk selber denkt – seine eigene politische Vision im Gegensatz zu seinen besonderen Interessen als wohlhabender, heterosexueller, weißer, nichtjüdischer amerikanischer Mann. Musk ist berüchtigt dafür, dass er sich vor allem mit dem drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruch durch sinkende Geburtenraten und einer damit verbundenen Fiskalklippe durch unhaltbare Staatsausgaben beschäftigt. Weiter entfernt liegen die Gefahren eines Atomkrieges (diese Angst teilt er mit Trump und beschäftigt sich daher wie Trump mit dem Problem der Verbreitung von Atomwaffen) sowie von durch Menschen verursachten Epidemien und anderen Naturkatastrophen. Vor seiner Loyalität zu

Trump war Musk ein prominenter „grüner Kapitalist“, der sich mit der Gefahr des vom Menschen verursachten Klimawandels beschäftigte.

Tatsächlich können Musks Unternehmungen als primär von solchen allgemeinen gesellschaftlichen Anliegen motiviert betrachtet werden und sind daher von Natur aus politisch: Tesla fördert Energieeffizienz und reduziert so den „CO2-Fußabdruck“ des Individualtransports; die Boring Company lindert Verkehrsstaus und das Problem der „Asphalt- und Betonwüsten“ in großen Städten; Neuralink überwindet die Grenzen des Körpers; und schließlich macht SpaceX die Menschheit zu einer „multi-planeten Spezies“, die weniger anfällig für Selbstzerstörung ist. Diese letztgenannte Vision hat einen speziellen politischen Charakter und ist im Wesentlichen liberaler Natur: der Wunsch nach politischem Liberalismus, der die menschliche Selbstbestimmung durch ihre Vielfalt bewahrt. Auf diese Weise verfolgen Musks Unternehmen auf einer Makroebene dasselbe wie das, was er auf einer Mikroebene durch sein „libertäres“ Eintreten für die Werte persönlicher Autonomie anstrebt.

Trump hat Elon ein Genie genannt, und dies geht über sein unternehmerisches Geschick hinaus: nicht nur seine Erfindungsgabe, sondern auch seine organisatorischen Leistungen beim Führen und Aufbau seiner Unternehmen, womit er die Fähigkeit demonstriert, seine Visionen in großem Stil zu verwirklichen.

In ihrem Zerwürfnis wies Trump auf die Rolle von Regierungs-aufträgen und anderen Subventionen für Musks Erfolg hin. War dies eine Variante von Obamas Aussage gegenüber Unternehmens-CEOs, dass sie ihre Unternehmen nicht allein aufgebaut hätten, sondern auf Arbeitnehmer und andere Beteiligte, insbesondere die Regierung, für ihren geschäftlichen Erfolg angewiesen seien?

In der Ära der Finanzkrise 2008 und der daraus resultierenden Großen Rezession (ebenfalls zeitgleich mit der Citizens United-Entscheidung, die das Prinzip der „Unternehmensbürgerschaft“ bestätigte) gab es öffentliche Diskussionen über den „soziopathischen“ und sogar „psychotischen“ Charakter von kapitalistischen Unternehmen, die möglicherweise diese psychologischen Merkmale in ihrem Führungspersonal begünstigen, ein Argument, das bereits im Film American Psycho (2000) entwickelt wurde.

Steve Bannon sieht in der Kapitalistenklasse eine besondere Bedrohung für die Demokratie, die aus den individuell und kollektiv beschränkten Interessen ihrer Mitglieder in ihrer gesellschaftlichen Rolle und Aktivität bei der Verfolgung von Profit resultiert. Er sagte (in einer Rede im Vatikan), dass er mit Karl Marx darin übereinstimmt, dass der Kapitalismus destruktiv ist, da er „alles zur Ware macht“ und alle menschlichen Beziehungen auf einen Geldbetrag reduziert. Er hat auch gesagt, dass „Lenin recht hatte“, dass „die Macht auf der Straße liegt“. Während er die kreative Produktivität des kapitalistischen Unternehmertums respektiert, glaubt er, dass sie aktiv dem Gemeinwohl untergeordnet werden muss. Diese Vision würde bedeuten, dass Musk im politischen Bereich seinen

Willen nicht durchsetzen dürfe.

Wie Bannon sah auch Musk in Trump ein Mittel, um seine Visionen umzusetzen. Allerdings hat Trump sie für seine politischen Ambitionen eingespannt und ließ nicht zu, dass sie ihn benutztten: Wie er über Bannon sagte, als er dessen angebliche Rolle als Chefstratege bestritt: „Ich bin mein eigener Strateg.“ Wie Lenin sagte, geht es in der Politik immer um die Frage „Wer – wen?“ – wer benutzt wen?

Der Unterschied zwischen einer einzigartigen Vision und Narzissmus kann schwer zu erkennen sein. Es könnte auch eine Unterscheidung zwischen obsessivem Fokus und antisozialem Verhalten geben. Der amerikanische Sozialist Eugene Debs nannte Theodore Roosevelts Vision von „progressiver“ kapitalistischer Reform „psychotisch“ – und vollzog damit die übliche Vermischung von persönlichem und politischem Charakter in der öffentlichen Rhetorik. Doch die Rolle von Individuen im politischen Leben lässt sich nicht auf soziologische oder andere Stereotypen reduzieren. Die Beiträge der Akteure sind einzigartig: sowohl Musk als auch Trump veranschaulichen das auffrustrierende Weise. Beide haben ihre eigene Version der Geschichte aus Frank Capras Film *Mr. Smith Goes to Washington* von 1939.⁷ Das Phänomen des „Bürgers Musk“ sowie des „Bürgers Trump“⁸ ist zum Problem unserer Zeit geworden. Was ist das Verhältnis und was eine mögliche Lösung zwischen „Populismus“ und „Oligarchie“ in der amerikanischen kapitalistischen Demokratie?

Elon Musk moderierte die Muttertagsfolge von Saturday Night Live im Jahr 2021 – seine Mutter Maye Musk trat ebenfalls auf. Eroutete sich als „neurodivergent“ und erklärte seinen psychologischen Zustand, das Asperger-Syndrom: „Ich laufe im ‚Mensch‘-Emulationsmodus.“ Dies wurde von den mit der Demokratischen Partei verbundenen Intellektuellen gefeiert, erschien später jedoch in einem anderen Licht. In einem Interview mit Tucker Carlson äußerte Musk seine Vorsicht bezüglich KI, indem er seine Sichtweise mit anderen Entwicklern verglich, die er als unzureichend besorgt über die Auswirkungen auf die Menschheit empfand: „Ich bin ein Mensch und sollte mich daher um Humanität sorgen.“ Die Logik dieser Aussage ist seltsam steif. Aber sie spiegelt gut die Instrumentalisierung der Menschheit im Kapitalismus wider.

Die Affinität zwischen Musk und Trump lag in ihrer charmanten, aber auch potenziell erschreckenden Naivität in Bezug auf Politik und ihre Auswirkungen. Darauf basierte ihre Allianz, ebenso wie deren Auflösung. Trumps Übernahme der Republikanischen Partei war eine Frage der Bequemlichkeit; er wählte sie einfach, weil sie leichter zu übernehmen war als die Demokratische Partei. Trumps Wählerschaft umfasst viele ehemalige Demokraten, und seine zweite Regierung beinhaltete prominente Ex-Demokraten wie Musk. Bei seinem Bruch mit Trump über das „Big Beautiful Bill“ hat Musk eine neue „America Party“ vorgeschlagen, um die wahren Interessen des Landes zu vertreten. Dies scheint die Grenzen des unternehmerischen Ansatzes in der Politik aufzuzeigen, der sie rein instrumentell behandelt. Doch es bleibt die Frage, welche Ziele Musk durch Politik vorantreiben will. Denn nicht nur die Methode, sondern auch die Ziele kapitalistischer Politik sind kapitalistisch. Das wirft die Frage danach auf, was die Mittel und Ziele des Kapi-

talismus wirklich sind. Emile Durkheim sagte, dass wir die Gesellschaft fälschlicherweise als Mittel zur Förderung der Menschheit als natürliche Spezies betrachten und mit einer Gesellschaft verwechseln, die vielmehr die natürliche Spezies der Menschheit nutzt, um sich selbst zu bewahren. Doch was wären dann die tatsächlichen Ziele der Gesellschaft?

Obwohl sowohl Trump als auch Musk als die perfekten Instrumente des Kapitalismus erscheinen, betrachten beide den Kapitalismus lediglich als Mittel für ihre eigenen Zwecke – insbesondere politisch. Kann der Kapitalismus nur als Mittel und nicht als Zweck der Menschheit funktionieren, oder kann die Menschheit nur Mittel für den Kapitalismus sein? **IP**

Der vorliegende Text erschien am 08. Juli 2025 in Compact Magazine und wurde von Johannes K. ins Deutsche übersetzt sowie durch Endnoten ergänzt.

- 1 Stephen K. Bannon war Trumps Chefstrategie im Weißen Haus und zuvor Chef von Breitbart News. Der ehemalige Investmentbanker und Filmemacher gilt als Architekt von Trumps populistischer "America First"-Agenda und als Verfechter eines wirtschaftlichen Nationalismus.
- 2 Vivek Ramaswamy ist ein amerikanischer Unternehmer, Autor und Politiker. Der 1985 geborene Biotech-Milliardär kandidierte 2024 für die republikanische Präsidentschaftsnomination, bevor er seine Kampagne beendete und Trump unterstützte.
- 3 Marco Rubio ist US-Senator aus Florida seit 2011 und wurde von Trump zu seinem Außenminister ernannt. Der Sohn kubanischer Einwanderer kandidierte 2016 selbst für die republikanische Präsidentschaftsnomination und war ein scharfer Trump-Kritiker, bevor er sich mit ihm aussöhnte.
- 4 Scott Bessent ist Hedge-Fonds-Manager und wurde von Trump zum Finanzminister ernannt. Der ehemalige Chief Investment Officer von George Soros' Soros Fund Management vertritt Trumps wirtschaftspolitische Agenda, einschließlich der Verwendung von Zöllen als Verhandlungsinstrument.
- 5 United States Agency for International Development (USAID) ist die Behörde für internationale Entwicklungszusammenarbeit, gegründet 1961. Sie verwaltet den Großteil der amerikanischen Auslandshilfe und Entwicklungsprogramme weltweit.
- 6 Der Internal Revenue Service (IRS) ist die US-Steuerbehörde, zuständig für die Erhebung von Bundessteuern und die Durchsetzung des Steuerrechts.
- 7 In Frank Capras Film *Mr. Smith Goes to Washington* (1939) kommt ein idealistischer Bürger als Senator nach Washington und kämpft gegen ein korruptes politisches Establishment. Der Film zeigt den archetypischen „Außenseiter“, der vorgibt, die Interessen des einfachen Volkes gegen die Eliten zu vertreten.
- 8 Die Bezeichnungen „Bürger Musk“ (orig.: Citizen Musk) und „Bürger Trump“ (orig.: Citizen Trump) spielen auf Orson Welles' Film *Citizen Kane* (1941) an, der die Geschichte des Medienmoguls Charles Foster Kane erzählt. Kane beginnt als idealistischer Zeitungsverleger, der vorgibt, für das einfache Volk zu sprechen, entwickelt sich aber zu einem egomani-schen Oligarchen, der seine Macht für persönliche Zwecke missbraucht.

Die Naturalisierung des Schnabeltiers

Anmerkung zu Geschichtsphilosophie und Naturalisierung der Verhältnisse bei Spencer A. Leonard von Julian Bierwirth

Die Gruppe Platypus veranstaltet seit einigen Jahren auch im deutschsprachigen Raum Diskussions- und Vortragsveranstaltungen zu linker Theoriegeschichte. Dabei ist nicht nur der unorthodoxe Mix aus Trotzkismus und Kritischer Theorie auffällig, sondern auch die positive Bezugnahme auf einige progressive Klassiker der bürgerlich-liberalen Tradition, insbesondere Adam Smith und Jean-Jacques Rousseau. Einen zentralen Aufsatz zur Begründung dieser Tradition ist von Spencer A. Leonard vorgelegt worden. Am Beispiel dieses Textes lassen sich die Probleme, in die sich die Platypus-Society mit ihrem theoretischen Framing bringt, darstellen.

Geschichtsphilosophie und verkürzte Kritik bei Leonard

Leonard betrachtet die Entstehung der kapitalistischen Gesellschaft vor dem Hintergrund des Historischen Materialismus. Er versteht sie als Fortschrittsgeschichte im Vergleich zu vormodernen Herrschaftsverhältnissen und fasst die von Smith beschriebenen Neuerungen tendenziell einseitig als Verbesserungen auf. Leonard bejaht die sich neu herausbildende Vereinzelung der Individuen, ihre Abhängigkeit von der Lohnarbeit und die Transformation aller Menschen in Bourgeois. Für ihn ist der Kapitalismus im Wesentlichen „eine Welt, in der sie nicht auf das Wohlwollen oder die Nachsicht des Bäckers, des Metzgers, des Brauers oder irgendeiner anderen Person angewiesen sind, um ihr Leben nach ihren eigenen Vorstellungen im Rahmen des Gesetzes zu führen.“¹

Er interpretiert Smith als einen Autor, der die Arbeitswerttheorie entwickelt und wesentliche Beiträge zu ihrer Ausarbeitung geleistet hat. Leonard sieht die moderne Gesellschaft nach Smith als das Ergebnis der Emanzipation einer neu entstehenden Klasse von Stadtbewohnern, die von feudalen Bindungen und traditionellen Privilegien befreit wurden. Diese Stadtbewohner, sowohl Arbeiter als auch Kaufleute, teilen eine gemeinsame Freiheit, die es ihnen ermöglicht, ihre Arbeitskraft oder Produkte auf dem Markt frei zu tauschen. In diesem Sinne interpretiert Leonard den Kapitalismus primär als eine Geschichte der Befreiung. Er legt seinen Fokus einseitig auf die Aspekte, die er als Überwindung historischer Abhängigkeiten versteht, und lässt dabei die neuen Formen der Unterdrückung außer Acht, die mit dieser „Befreiung“ einhergehen.

In Übereinstimmung mit dieser Lesart beschreibt Leonard die Befreiung der Menschen von ihren „feudalen Fesseln“ (Marx/Engels) metaphorisch als das Ergebnis eines „Sklavenaufstands“. Die Menschen seien nun als Arbeiter:innen und Kaufleute gleichberechtigte Akteure auf dem Markt und nicht länger in feste gesellschaftliche Hierarchien eingebunden. Es etabliert sich ein System, das auf dem Tausch von Arbeitsprodukten beruht und das Leonard als Grundlage

einer demokratischen Gesellschaftsorganisation versteht. In dieser Annahme könnten die Menschen über die Ergebnisse ihrer Arbeit als ihr Eigentum selbstbestimmt und frei verfügen.

Einen Fortschritt stellt die bürgerliche Marktgemeinschaft für Leonard nicht zuletzt deshalb dar, weil sie die irrationalen Ansprüche früherer Herrschaftsklassen entlarvt. Ganz in der marxistischen Tradition argumentiert er, dass die Herrschaftsbeziehungen im Kapitalismus nun einfacher und offensichtlicher werden, da sie sich nicht länger auf religiöse oder traditionelle Dogmen stützen. Diese Vorstellung findet sich beispielsweise im Kommunistischen Manifest, wenn es dort heißt:

Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, unterscheidet sich jedoch dadurch, daß sie die Klassengegensätze vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat.²

Leonard betont dabei besonders den emanzipatorischen Charakter, den er der modernen Arbeitsgesellschaft zuschreibt. Er verweist auf die Forderung nach Arbeit, die bedeute „nur der sozialen Macht unterworfen zu sein, die dem Geld rechtmäßig zukommt.“³ Diese Macht, so Leonard, begründet sich darin, dass in der kapitalistischen Gesellschaft Geld die zentrale Grundlage sozialer und wirtschaftlicher Beziehungen darstellt. Er interpretiert diese Konstellation jedoch nicht als die Herstellung einer historisch einzigartigen Abhängigkeit, sondern als Grundlage demokratischer und rationaler Beziehungen.

Leonards Verteidigung von Smith scheint mir dabei auf zwei Missverständnissen zu beruhen. Einerseits missversteht er den Charakter des Kapitalismus als Klassencharakter (und schafft es nicht, ihn als warenproduzierende Gesellschaft zu dechiffrieren) und andererseits missversteht er die herkömmliche linke Kritik an Smith als eine, die ihn als neoliberalen Vertreter der Interessen der Bourgeoisie charakterisiert. Letzteres ist er selbstverständlich nicht. Er vertritt die Position, dass die kapitalistische Warenproduktion mit ihren Prinzipien Freiheit und Gleichheit für alle Warenbesitzer:innen von Vorteil ist und versteht die Aufgabe des Staates dahingehend, allgemeingültige Regeln zu erlassen, die das ermöglichen. Daran knüpft Leonard an, weshalb für ihn der Übergang vom bürgerlichen zum sozialistischen Staat fließend zu sein scheint.

Mit dieser Perspektive verfehlt er nicht nur die Funktionsmechanismen der kapitalistischen Gesellschaft, sondern auch den zentralen kritischen Punkt im Werk von Marx. Im Folgenden möchte ich daher in gebotener Kürze darstellen, wie Marx die moderne, kapitalistische Gesellschaft als Warenökonomie und Arbeitsgesellschaft kritisch konzipiert. Im Verlauf dieser Darstellung wird deutlich werden, inwiefern Marx nicht als bloße Fortführung der Argumentation von Smith verstanden werden kann, sondern sein Werk vielmehr eine radikale Kritik sowohl der kapitalistischen Ökonomie als auch der Theorie von Smith darstellt.

Marx' Smith-Kritik in den Grundrisse

Adam Smith betrachtet den Wert im Wesentlichen als eine überhistorische Kategorie. Die besondere Bedeutung der Arbeit für die Produktion von Wert ergibt sich für Smith aus der Anstrengung, die mit der Herstellung eines Gutes für das Individuum verbunden ist. Er betont die Ursprünglichkeit der Arbeit als einzigen und endgültigen, wahren

Maßstab des Wertes. Arbeit, so sagt er, sei „der letztgültige und wahre Maßstab, nach dem der Wert aller Waren zu allen Zeiten und an allen Orten geschätzt und verglichen werden kann.“⁴

Marx beginnt seine eindrückliche Passage auf Seite 90 der Grundrisse mit dem Hinweis, dass es sich bei der von Smith geschilderten „Freiheit“ in Wahrheit um ein verallgemeinertes Abhängigkeitsverhältnis handelt. Es spielt dabei auf die liberale Darstellung, wie wir sie auch bei Smith finden, an, wenn er schreibt:

„Die Ökonomen drücken das so aus: Jeder verfolgt sein Privatinteresse und nur sein Privatinteresse und dient dadurch, ohne es zu wollen und zu wissen, den Privatinteressen aller, den allgemeinen Interessen.“⁵

Gegen diese allgemeine Auffassung des liberalen Freiheitsverständnisses wurde oft eingewendet, dass das unregulierte Verfolgen individueller Interessen nicht zur Verwirklichung des Allgemeininteresses führe, sondern im Gegenteil zu dessen systematischer Unterdrückung. Marx rekapituliert diese Kritik, hält sie jedoch nur für begrenzt plausibel. Sicherlich, so schreibt er, könne argumentiert werden, dass aus der allgemeinen Verfolgung individueller Privatinteressen nicht die Verwirklichung des Allgemeininteresses resultiere, sondern dieses durch konkurrierende Privatinteressen gerade systematisch behindert werde.

Diese Position richtet sich zwar kritisch gegen die liberale Konzeption, bestätigt sie aber letztlich doch. Sie legt nahe, dass die Freiheit der individuellen Konkurrenz durch einen wachsamen Staat ergänzt werden müsse, der die missbräuchlichen Folgen dieser Konkurrenz verhindert. Auf dem Kontinuum zwischen liberaler Autonomie und liberaler Staatlichkeit betont diese Position somit den Pol der Staatlichkeit – wie dies historisch insbesondere in der Sozialdemokratie und in vielen marxistisch-leninistischen Ansätzen der Fall war. Auch Smith, so das Argument nicht nur von Leonard (sondern beispielsweise auch von Ulrike Herrmann), habe letztlich dem Pol der Staatlichkeit eine größere Bedeutung beigemessen, als es in der marxistischen Kritik oft anerkannt wird.

Marx geht jedoch einen Schritt weiter. Die eigentliche Pointe, so schreibt er, liege woanders. Bereits „das Privatinteresse selbst“, also der Standpunkt des Individuums als vereinzeltes, von den anderen Individuen getrenntes Wesen, sei eine gesellschaftlich erzeugte Institution. Das Privatinteresse sei „bereits ein gesellschaftlich bestimmtes Interesse“.⁶ Marx meint damit zweierlei. Zum einen, dass die Notwendigkeit, sich über Arbeit und Arbeitsprodukte aufeinander zu beziehen, erst durch die Auflösung der feudalen Bindungen und die damit einhergehende Vereinzelung entsteht. Zum anderen, dass die privaten Interessen immer nur in ihrem Bezug auf die gesellschaftliche Allgemeinheit geltend gemacht und deshalb bereits gesellschaftlich seien.

Das Individuum findet sich nun in einem Verhältnis „wechselseitiger Abhängigkeit“ wieder und muss sein Leben „innerhalb der von der Gesellschaft gesetzten Bedingungen und mit den von ihr bereitgestellten Mitteln“ gestalten. Die „Mittel“, von denen Marx hier spricht, sind der Kauf und Verkauf von Waren. Nur durch die fortlaufende Warenwirtschaft kann sich das vereinzelte Individuum erhalten. Gleichzeitig ist es jedoch auch „an die Reproduktion dieser Bedingungen und Mittel gebunden“, also davon abhängig, dass die Ökonomie fortbesteht und

nicht durch Krisen unterbrochen wird.⁷

Das Privatinteresse, so formuliert Marx pointiert, sei nichts weiter als „das Interesse der Privaten“ und somit ein Produkt einer Gesellschaft, die den Menschen von seinen sozialen Beziehungen trennt (das lateinische *privare* bedeutet „berauben“, „trennen“). Auf diese Weise bildet „die wechselseitige und allseitige Abhängigkeit der gegeneinander gleichgültigen Individuen [...] ihren gesellschaftlichen Zusammenhang.“⁸

Marx betont, dass der Tauschwert (später spricht er im Kapital vom „Wert“) die Grundlage dieser Abhängigkeit darstellt. Für ihn bedeutet dies nicht die Durchsetzung gesellschaftlicher Emanzipation, sondern das Ersetzen persönlicher Herrschaft durch ein System der „allseitigen Abhängigkeit der Produzenten voneinander“.

Im Tauschwert, so betont Marx, werde „alle Individualität und Eigenheit negiert und ausgelöscht“. Auf diese Weise schaffen die Menschen durch ihr Verhalten eine neue gesellschaftliche Macht, die sich dann „als den Individuen gegenüber Fremdes, Sachliches“ formiert: „nicht als das Verhalten ihrer gegeneinander, sondern als ihr Unterordnen unter Verhältnisse, die unabhängig von ihnen bestehen und aus dem Aufeinandertreffen gleichgültiger Individuen resultieren.“⁹

Smith hingegen fasst die Abhängigkeiten, die mit der Durchsetzung der modernen Warenökonomie entstehen, nicht als Zwänge, sondern als vorgeschiedliche Selbstverständlichkeiten. Dieses Vorgehen kritisiert Marx ausdrücklich, wenn er (ebenfalls in den Grundrisen) schreibt: „Was Adam Smith, in echter 18.-Jahrhundertweise in die antehistorische Periode setzt, der Geschichte vorhergehn lässt, ist vielmehr ihr Produkt.“¹⁰

Marx' Smith-Kritik im Kapital

Leonard hingegen bleibt bei der unhistorischen Darstellung von Smith stehen und bemerkt mit Smith: „Ein Mensch muss stets von seiner Arbeit leben.“¹¹ Damit werden freilich die Zwänge, die der Kapitalismus den Menschen auferlegt, nicht kritisch dechiffriert, sondern umstandslos affirmsiert. Sie werden zum Teil einer unveränderlichen Naturgeschichte, die uns mit dem Kapitalismus eine vermeintlich aufgeklärte und allseitig durchsichtige Gesellschaft gebracht hat. Doch der Kapitalismus ist nicht nur nicht die Folge einer naturhaften historischen Dynamik, er ist zudem auch nicht einfach zu durchschauen. Diese Vorstellung, die Marx und Engels noch im Manifest kolportiert hatten, nimmt Marx im berühmten Fetischkapitel im Kapital zurück.

Hier verweist er darauf, dass die kapitalistische Gesellschaft nicht nur als verallgemeinerte Abhängigkeitsbeziehung verstanden werden muss, sondern zudem darauf, dass diese Abhängigkeit der Menschen von den kollektiven Folgen ihres Handelns nicht als dieses, sondern lediglich in personalisierter und verdinglichter Form erscheine. Marx schreibt hier:

Die Privatarbeiten betätigen sich in der Tat erst als Glieder der gesellschaftlichen Gesamtarbeit durch die Beziehungen, worin der Austausch die Arbeitsprodukte und vermittelst derselben die Produzenten versetzt. Den letzteren erscheinen daher die gesellschaftlichen Beziehungen ihrer Privatarbeiten als das, was sie sind, d.h. nicht als unmittelbar gesellschaftliche Verhältnisse der Personen in ihren Arbeiten selbst, sondern vielmehr als sachliche Verhältnisse

der Personen und gesellschaftliche Verhältnisse der Sachen.¹²

Wir sehen, dass Marx auch im Fetischkapitel sein grundlegendes Argument wiederholt, dass die Beziehung der Privatarbeiten die spezifische Grundlage der kapitalistischen Gesellschaft bildet. Diese Beziehung gilt ihm jedoch nicht als naturgegeben, sondern als durch die Gesellschaft geschaffen. Für den oberflächlichen Betrachter ist dieser Zusammenhang jedoch nicht unmittelbar erkennbar. Zwar werden die Abhängigkeiten der Menschen voneinander wahrgenommen, aber sie erscheinen zunächst als „gesellschaftliche Verhältnisse der Sachen“. Dadurch entsteht die Illusion, dass diese gesellschaftlichen Beziehungen „sachliche Verhältnisse der Personen“ seien und somit dem direkten Einfluss des Menschen entzogen wären. Marx beschreibt dies treffend, indem er sagt, dass „das Gehirn der Privatproduzenten“ den Menschen ihre eigene Abhängigkeit auf eine verzerrte und damit falsche Weise widerspiegelt. In seiner Kritik an Adam Smith fasst er diesen Gedankengang prägnant zusammen:

„Es steht daher dem Werte nicht auf der Stirn geschrieben, was er ist. Der Wert verwandelt vielmehr jedes Arbeitsprodukt in eine gesellschaftliche Hieroglyphe. Später suchen die Menschen den Sinn der Hieroglyphe zu entziffern [...] Die späte wissenschaftliche Entdeckung, daß die Arbeitsprodukte, soweit sie Werte, bloß sachliche Ausdrücke der in ihrer Produktion verausgabten menschlichen Arbeit sind, macht Epoche in der Entwicklungsgeschichte der Menschheit, aber verscheucht keineswegs den gegenständlichen Schein der gesellschaftlichen Charakter der Arbeit. Was nur für diese besondere Produktionsform, die Warenproduktion, gültig ist, daß nämlich der spezifisch gesellschaftliche Charakter der voneinander unabhängigen Privatarbeiten in ihrer Gleichheit als menschliche Arbeit besteht und die Form des Wertcharakters der Arbeitsprodukte annimmt, erscheint, vor wie nach jener Entdeckung, den in den Verhältnissen der Warenproduktion Befangenen ebenso endgültig, als daß die wissenschaftliche Zersetzung der Luft in ihre Elemente die Luftform als eine physikalische Körperform fortbestehn läßt.“¹³

Marx betont hier, dass die Verhältnisse in einer über die Arbeit organisierten Gesellschaft nicht unmittelbar durchschaubar sind, sondern sich in schwer deutbare Zeichen, in „Hieroglyphen“, verwandeln. Er spielt dabei auf Adam Smith an, wenn er feststellt, dass die Bedeutung der Arbeit für die Wertproduktion schließlich wissenschaftlich erkannt wurde. Diese Erkenntnis nimmt jedoch nicht den sozialen Charakter der Arbeit in den Blick, sondern bleibt am „gegenständlichen Schein“ der gesellschaftlichen Arbeit haften. Zwar ist die Rolle der Arbeit bekannt, sie wird jedoch nicht als Folge der spezifischen Bedingungen der Warenproduktion verstanden. Stattdessen wird sie als etwas „Endgültiges“ und Unveränderliches betrachtet, das in der menschlichen Naturgeschichte verwurzelt ist.

Ganz in diesem Sinne hatte Smith die Arbeit verstanden. Und genauso möchten sie auch Leonard und mit ihm weite Teile der Platypus-Society als Grundlage einer postkapitalistischen Gesellschaft anpreisen. Dabei ist die Realität der kapitalistischen Vergesellschaftung schon lange über den Stand hinaus, in dem sich eine Vergesellschaftung über Arbeitsprodukte und damit über Leistung und Gegenleistung sinnhaft konzipieren lässt.

Leonard hingegen bemüht die Vorstellung eines letztlich immergleichen Kapitalismus, dessen Transformationen sich lediglich an der

Oberfläche der Gesellschaft (als „Klassenkonflikte“) abspielen. Seine oberflächliche Interpretation von Smith und Marx blendet die tiefere Kritik am kapitalistischen System aus, wie sie sich in den Grundrisse und im Kapital findet. Indem Leonard die zentralen Mechanismen des Kapitalismus – insbesondere die Verdinglichung und die Verschleierung sozialer Beziehungen – ignoriert, reduziert er die Analyse auf eine unkritische Apologie bürgerlicher Ideale. Seine Argumentation mag mit der marxistisch-leninistischen Traditionslinie in Einklang zu bringen sein, doch das unterstreicht eher die Schwäche dieser Linie als die Tiefe von Leonards Argumentation.

Die wesentlichen Einsichten der Marxschen Tradition, insbesondere die radikale Kritik an der vermeintlichen Natürlichkeit der kapitalistischen Ordnung, bleiben bei Leonard unberücksichtigt. Statt einer kritischen Auseinandersetzung mit den ökonomischen Grundlagen und gesellschaftlichen Verhältnissen des Kapitalismus betreibt er letztlich eine Bestätigung der bestehenden Verhältnisse.

Zur Interpretation des gegenwärtigen Kapitalismus ungeeignet

Während Leonard sich an einer Rekonstruktion der großen Erzählung der Arbeit versucht, hat der realexistierende Kapitalismus sich jedoch weiterentwickelt. Aus der Perspektive der vereinzelten Individuen stellt sich der Zwang zur (Lohn-)Arbeit noch immer als unhintergehbar Voraussetzung des Lebens dar. Doch in der praktischen Produktion des gesellschaftlichen Reichtums hat die Arbeit schon längst ihre zentrale Rolle abgetreten. Der langwierige und bereits von Marx antizipierte Prozess nimmt seinen Ausgangspunkt in der Notwendigkeit der individuellen Kapitale, ihre Produktivität zu erhöhen. Diese Notwendigkeit tritt den Prozess der „Produktion des relativen Mehrwerts“ los, den Marx im *Kapital* sehr ausführlich beschreibt: Durch die stetige Steigerung der technischen Produktionsbedingungen wird der Standard dessen, was als „gesellschaftliche Arbeitsstunde“ gilt, stets erhöht.¹⁴ Es kommt zu einer immer stärkeren Durchsetzung wissenschaftlicher Produktionsmethoden im kapitalistischen Betrieb und damit zu einer immer stärkeren Unterordnung der Arbeiter:innen unter die Produktionsbedingungen der warenproduzierenden Gesellschaft.¹⁵ Die zentrale Basis der traditionellen Arbeiter:innenbewegung wird dadurch schrittweise ausgehöhlt. Denn das Wissen um die Produktionsabläufe, das zunächst noch in den Köpfen und den Körpern der Arbeiter:innen steckt, geht mehr und mehr auf den maschinellen Produktionsapparat über. Marx bemerkt deshalb über den Arbeiter: „Er tritt neben den Produktionsprozeß, statt sein Hauptagent zu sein.“¹⁶

Der Prozess beschleunigt sich bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, kann aber zunächst durch eine stete Erweiterung der Produktion (mensch denke an die Massenmärkte des ‚Goldenenen Zeitalters‘ der 1950er und 60er-Jahre) überlagert werden. Doch mit der Durchsetzung der „mikrolelektronischen Revolution“, d.h. der Etablierung von Robotertechnologie und Mikrochips, verliert der bisherigen Kompensationsmechanismus seine Funktionalität. Folglich kommt es Anfang der 1970er-Jahre zu ökonomischen Turbulenzen und der politischen Durchsetzung des neoliberalen Paradigmas. So wurde der Aufstieg des Finanzmarktes als neuer Kompensationsmechanismus und Wachstumsmotor der kapitalistischen Ökonomie durchgesetzt. Seitdem findet zwar noch immer die klassische Produktion von Waren durch die Verausgabung von Arbeit statt, doch hängt diese am „Tropf des fiktiven Kapitals“ (Norbert Trenkle). Die industrielle Massenproduktion und die immer prekärer werdende Reproduktion der Arbeiter:innen hängen

mehr und mehr von der Schöpfung von Finanzmarktwerten ab, die dann zur Stützung und Ermöglichung der industriellen Prozesse verwendet werden. Gleichzeitig kommt es zu einem Aufstieg verschiedenster Rentenökonomien (Grund und Boden, Informationssektor etc.), die nicht nur die Einkommenszusammensetzung diversifizieren (Arbeits-einkommen nehmen zugunsten sonstiger Transfereinkommen immer weiter ab), sondern auch mit der großen Erzählung der Arbeitsgesellschaft über Kreuz liegen.¹⁷

Der Kapitalismus ist in gewisser Weise tatsächlich über sich hinausgewachsen. Er ist zu produktiv für eine Arbeitsgesellschaft. Egal, ob diese sozialistisch orchestriert oder neoliberal verwaltet werden soll. Die Zukunft sozialer Emanzipation kann deshalb auch nur in einer Überwindung der gesellschaftlichen Beziehungsform der Arbeit liegen. Die Zeit dafür wäre jedenfalls reif. |P

Julian Bierwirth ist Autor der wertkritischen Zeitschrift Krisis – Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft. Krisis entwickelt seit 1986 eine radikale Kritik der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft.

-
- 1 Orig.: „a world in which they do not require the benevolence or indulgence of the baker, the butcher, the brewer, or anyone else in order to live their lives as they choose under the law.“ – Spencer A. Leonard: „Adam Smith, Revolutionary“, *Platypus Review*, Nr. 61 (November 2013).
 - 2 Karl Marx/Friedrich Engels: „Manifest der Kommunistischen Partei“, in: *Marx-Engels-Werke (MEW)*, Bd. 4, Hrsg. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1959, S. 462.
 - 3 Orig.: „to be subject only to the social power that properly appertains to money.“ – Leonard: Adam Smith.
 - 4 Orig.: „the ultimate and real standard by which the value of all commodities can at all times and places be estimated and compared“ – Adam Smith: *An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations*, Oxford 1976, S. 51.
 - 5 Karl Marx: „Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie“, in: *MEW*, Bd. 42, Hrsg. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1983, S. 90.
 - 6 Ebd.
 - 7 Ebd.
 - 8 Ebd.
 - 9 Ebd.
 - 10 Ebd., S. 89ff.
 - 11 Orig.: „A man must always live by his work.“ – Leonard: Adam Smith.
 - 12 Karl Marx: „Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 1“, in: *MEW*, Bd. 23, Hrsg. Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Berlin 1962, S. 87.
 - 13 Ebd., S. 88.
 - 14 Vgl. Marx: *Das Kapital*, Bd. 1, S. 331ff.
 - 15 Vgl. Ebd., S. 356ff., 391ff.
 - 16 Marx: *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*, S. 601.
 - 17 Zur polit.-ökonomischen Transformation des Kapitalismus vgl. Ernst Lohoff/ Norbert Trenkle (2013): *Die große Entwertung*. Münster, Unrast sowie Norbert Trenkle (2016): *Die Arbeit hängt am Tropf des fiktiven Kapitals*. Online abrufbar unter: <https://www.krisis.org/2016/die-arbeit-haengt-am-tropf-des-fiktiven-kapitals/>. Zur Funktion der Rentenökonomie am Beispiel von Grund und Boden vgl. Ernst Lohoff (2020): *Warum das Wohnen unbezahlbar wird und was dagegen zu tun ist*. Online abrufbar unter: <https://www.krisis.org/2020/warum-das-wohnen-unbezahlbar-wird-und-was-dagegen-zu-tun-ist-krisis-12020/>.

Zielsetzung der Platypus Review

Überblickt man das Universum der verschiedenen Positionen und Ziele, die linke Politik heute ausmachen, so wird man den beunruhigenden Verdacht nicht los, dass sich hinter der scheinbaren Vielfalt eine grundlegende Gemeinsamkeit verbirgt: Was heute existiert, wurde auf den Trümmern dessen errichtet, was einst möglich war.

Zum Verständnis unserer Gegenwart erachten wir es für notwendig, die unüberschaubare Anhäufung von Positionen zu entwirren, um ihre Bedeutung für eine mögliche Rekonstitution emanzipatorischer Politik in der Gegenwart zu erkennen. Dafür ist es nötig zu überdenken, was eigentlich mit dem Begriff der Linken gemeint ist.

Unsere Aufgabe beginnt dort, wo wir eine grundätzliche Desillusionierung des gegenwärtigen Zustands progressiver Politik wahrnehmen. Wir denken, dass sich diese Ernüchterung nicht einfach durch puren Willen abschütteln lässt – durch ein einfaches „Weiter so!“. Sie muss stattdessen explizit angesprochen werden und selbst als ein Objekt der Kritik zugänglich gemacht werden. Daher beginnen wir mit dem, was uns unmittelbar entgegentritt.

Die Platypus Review wird von der Einsicht motiviert, dass die Linke orientierungslos ist. Wir möchten ein Forum für ein weites Spektrum an Strömungen und Ansätzen innerhalb der Linken bieten – nicht, weil wir Inklusion und Pluralität als Selbstzweck ansehen, sondern weil wir Uneinigkeit provozieren und gemeinsame Ziele als Orte der Auseinandersetzung eröffnen wollen. Auf diesem Weg könnten die aus den alten politischen Auseinandersetzungen resultierenden Anschuldigungen zum Zweck der Klärung des Objekts linker Kritik fruchtbar gemacht werden.

Die Platypus Review setzt sich zum Ziel, eine Plattform zu schaffen und zu erhalten, die eine Erforschung und Klärung von Positionen und Orientierungen, die heute innerhalb der Linken vertreten werden, möglich macht; einen Ort, an dem Fragen aufgeworfen und Diskussionen verfolgt werden können, die ansonsten nicht stattfinden würden. Solange die Beiträge eine ehrliche Bereitschaft für dieses Projekt zeigen, werden sie in unserer Diskussion berücksichtigt.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Chefredakteur

Moritz Schiffmann

Korrektorat

Jim Igor Kallenberg
Hannes Metzing
Thuy Linh Pham
Florian Piffl
Jonas Reiber
Victoria Wenzel

Satz & Design

Jakob Trescher

Web-Editor

Johannes Hauber

Social Media Editor

Jule Hoffmann

Versand

Arthur Hoffmann

gefördert von:



Platypus im deutschsprachigen Raum



Weitere Infos zu den Chapttern gibt es auf:



In deiner Stadt gibt es noch keine Platypus-Aktivitäten? Du interessierst dich für unsere Lesekreise und Veranstaltungen in anderen Ländern? Du möchtest aus einem anderen Grund mit uns in Kontakt treten? Kein Problem, schreibe uns einfach eine E-Mail an platypusvirtual@gmail.com und wir setzen uns mit dir in Verbindung!

Richtlinien zur Einsendung von Beiträgen

Artikel in der Platypus Review haben normalerweise eine Länge von 5000-40.000 Zeichen (mit Leerzeichen), längere Beiträge können auch berücksichtigt werden. Für entsprechende Anfragen und Beiträge bitte eine Email an die.platypus.review@gmail.com senden.